



Protokollführerin

Frau Janine Truetsch

**es fehlen:**

CDU-Fraktion

Herr Markus Kurze MdL entschuldigt

Fraktion FDP/WG/FW

Herr Bernd Köppen entschuldigt

Fraktion DIE LINKE

Herr Wolfgang Bernicke entschuldigt

**Anwesenheit der Mitglieder des Finanzausschusses**

CDU-Fraktion

Herr Dr. Volker Bauer  
Herr Gerry Weber

Fraktion FDP/WG/FW

Herr Andreas Fischer in Vertretung für Herrn Pflaumbaum  
Herr Dr. Peter Randel

SPD-Fraktion

Herr Helmut Halupka

Fraktion DIE LINKE

Frau Gabriele Herrmann in Vertretung für Herrn Bremer

Fraktion Grüne/Wähler-Endert

Herr Lutz Nitz bis 19:37 Uhr in Vertretung für Herrn Kissel

von der Verwaltung

Frau Doris Gansera

**es fehlen:**

Fraktion FDP/WG/FW

Herr Wilmut Pflaumbaum entschuldigt

Fraktion DIE LINKE

Herr Michael Bremer entschuldigt

Fraktion Grüne/Wähler-Endert

Herr Mike Kissel entschuldigt

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Haushalt 2019 **01/352/18/1**
4. Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für den zweiten Bauabschnitt der K 1006 - OD Grabow **01/370/18**
5. Überplanmäßige Auszahlung für die Baumaßnahme Sanierung Bismarck-Gymnasium Genthin Haus 2 **01/371/18**
6. Überplanmäßiger Aufwand für Ersatzvornahme **02/373/18**
7. Schließung des öffentlichen Teils
9. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
10. Schließung der Sitzung

## Öffentlicher Teil

### TOP 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit

---

**Der Landrat** eröffnet um 18:05 Uhr die Sitzung und verweist darauf, dass der Kreisausschuss und der Finanzausschuss gemeinsam beraten. Die Einberufung der gemeinsamen Sitzung erfolgte schriftlich und elektronisch am 23.11.2018. Die Sitzungsunterlagen wurden elektronisch zur Verfügung gestellt. **Der Landrat** stellt damit die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und bei Teilnahme von 9 Mitgliedern des Kreisausschusses und von 8 Mitgliedern des Finanzausschusses die Beschlussfähigkeit fest.

### TOP 2

Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

---

**Der Landrat** stellt fest, dass es keine Änderungsanträge zur Tagesordnung gibt.

**Die Mitglieder des Kreisausschusses und des Finanzausschusses stimmen der Tagesordnung einstimmig zu.**

### TOP 3

01/352/18/1

Haushalt 2019

---

**Der Landrat** verwies zum Thema Haushalt 2019 auf die Zusammenstellung des Ergebnisses einer Hochrechnung zum voraussichtlichen Jahresabschluss 2018. Er bat **Frau Gansera** um weitere Erläuterungen zu den vorab über Session bereitgestellten Unterlagen.

**Frau Gansera** führt aus, dass das aufbereitete Datenmaterial auf den Zuarbeiten der jeweiligen Fachbereiche fußt, da zu einem Stichtag zwar die verbuchten Beträge ohne weiteres aus dem System herausgezogen werden können, jedoch ein voraussichtliches Ergebnis nur unter Mithilfe der bearbeitenden Bereiche zusammengestellt werden kann. Darüber hinaus seien noch weitere abschlussbedingte Buchungen zu berücksichtigen, die Auswirkungen auf das Ergebnis für den Ergebnisplan haben und auf die Bilanz.

Zusammenfassend könne dargestellt werden, dass es während der Haushaltsausführung des Jahres 2018 in fast allen Teilplänen zu Abweichungen kam, die zum Teil erheblich ausfielen. Sowohl Mehrerträge, sei es nach dem Finanzausgleichsgesetz, Zuweisungen des Landes nach dem Kinderförderungsgesetz, Gewinnausschüttung der AJL oder Gebühren als auch Minderaufwendungen für Bewirtschaftungskosten, Unterhaltungsmaßnahmen, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder Personalaufwendungen. Der im Oktober 2017 aufgestellte Haushaltsplan lasse zum Teil große Verwerfungen erkennen, die nicht immer beeinflussbar oder vorhersehbar seien. So werde insbesondere im Jugendbereich bis zum Jahresabschluss 2018 mit einem enormen Mehrbedarf für die Unterbringung in Heimen

prognostiziert. Es wurde ein Mehrbedarf von insgesamt 1,4 Millionen Euro auf Basis der bisherigen Buchungen ermittelt.

Unter Berücksichtigung all dieser Veränderungen nach oben oder unten ergibt sich ein Zwischenergebnis von +2,9 Millionen Euro. Darüber hinaus seien aber noch die zu ermittelnden Abschreibungsbeträge und die aufzulösenden Sonderposten (= Netto-Belastung) sowie eine vorzunehmende Forderungsbereinigung zu berücksichtigen. Daraus würde sich nach derzeitiger Sachlage für den Ergebnisplan ein Überschuss von rd. 600.000 Euro ergeben.

**Herr Dr. Bauer** regt an, diese Art der Darstellung für die vierteljährlichen Meldungen zugrunde zu legen, da sie komprimiert und nachvollziehbar sei.

**Herr Fischer** bittet um eine ausführlichere Erläuterung zu den Forderungsbereinigungen und um eine Aufschlüsselung zu den Forderungsausfällen.

**Herr Dehne** bittet um Prüfung der tatsächlichen Notwendigkeit hinsichtlich der zunehmenden Ersatzvornahmen und Prüfung anderer geeigneter Maßnahmen.

Nach abschließender Diskussion zur Haushaltslage 2018 leitet **der Landrat** zur vorliegenden Haushaltssatzung des Jahres 2019 über. Er führt dazu aus, dass der Kreistag vor einer Abwägung zur Kreisumlage 2019 bereits einen Beschluss zum Umlagesatz für die Kreisumlage gefasst hat. Die daraus resultierenden Mindererträge von 1,2 Millionen Euro könne die Verwaltung derzeit nicht vollständig mit entsprechenden Kürzungen untersetzen. Demgemäß ändert sich die Haushaltssatzung für das Jahr 2019, die durch den Kreistag am 12.12.2018 zu beschließen ist. Erst mit diesen bestätigten Änderungen erfolge eine Überarbeitung der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan zur Vorlage an das Landesverwaltungsamt. Mit der Übergabe der Unterlagen an die Genehmigungsbehörde werde Anfang Januar gerechnet, so dass im Februar mit einer Verfügung der Aufsichtsbehörde zu rechnen sei.

**Der Landrat** bittet **Frau Gansera**, die von der Verwaltung erarbeiteten Änderungsmöglichkeiten vorzutragen.

**Frau Gansera** führt aus, dass mit der Beschlusslage des Kreistages vom 28.11.2018 eine Ertragsminderung von 1,2 Millionen Euro einhergeht und die Aufwendungen und eine Zuschussgewährung von 10.000 Euro anzupassen sind. Bedingt durch eine geänderte Sachlage, Abschluss eines Prozesses in 2018, ist die für 2019 vorgesehene Rückstellungsauflösung von insgesamt rd. 1,9 Millionen Euro bei der Änderung der Haushaltssatzung zu berücksichtigen. Damit summiere sich der auszuweisende Fehlbetrag bereits auf rd. 3 Millionen Euro.

Die Verwaltung hat vier Maßnahmen zur Verringerung des Defizites herausgearbeitet. Diese sind:

- |   |                         |
|---|-------------------------|
| 1. Reduzierung der Straßenunterhaltung  | Einsparung 300.000 Euro |
| 2. Reduzierung der Ersatzvornahmen im Bauordnungsamt mit gleichzeitiger Verringerung der Erstattungen | Einsparung 35.000 Euro  |
| 3. Reduzierung des Zuschussbedarfes an die NJL  | Einsparung 226.000 Euro |

4. Verringerung der KDU-Kosten mit gleichzeitiger Anpassung der zugehörigen Erträge Einsparung 179.700 Euro

Insgesamt könne damit das Defizit um 744.200 Euro auf 2.281.600 Euro gesenkt werden.

**Herr Fischer** macht darauf aufmerksam, dass der Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion FDP/WG/FW beinhaltet habe, bei Straßen und Schulen keine Reduzierungen zu haben.

**Dr. Bauer** hinterfragt noch einmal die Verringerung der Erträge um die genannten 1,9 Millionen Euro und **der Landrat** stellt die sich geänderte Sachlage ausführlich dar.

**Herr Fischer** verweist darauf, dass nach der Rechtslage der Landkreis dennoch die Möglichkeit habe, den Ausgleich nachzuweisen. Anders als bei den Gemeinden verfüge nämlich der Landkreis über eine Rücklage aus vorangegangenen Überschüssen. Diese Mittel können jetzt zum Ausgleich des Haushaltsplanes herangezogen werden.

**Herr Barz** merkt an, dass bereits jetzt aufgrund des voraussichtlichen Ergebnisses 2018 auch in 2019 mit Veränderungen bei den Haushaltsansätzen zu rechnen sei. Von daher werde es voraussichtlich einen Nachtragshaushalt geben. Vielleicht sei eine weitere Absenkung des Defizites dann möglich.

**Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen der Überweisung der Vorlage mit Änderungen an den Kreisausschuss einstimmig zu.**

**Die Mitglieder des Kreisausschusses stimmen der Überweisung der Vorlage an den Kreistag einstimmig zu.**

**Herr Nitz** verlässt um 19:37 Uhr die Sitzung.

**TOP 4**

**01/370/18**

Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für den zweiten Bauabschnitt der K 1006 – OD Grabow

---

Auf Nachfrage von **Herrn Fischer** informiert **Herr Dreßler**, dass ursprünglich der zweite Bauabschnitt für das Jahr 2020 geplant gewesen sei. Mit der Abrechnung des ersten Bauabschnittes wurde dem Landkreis durch den Fördermittelgeber mitgeteilt, dass die Maßnahme verbindlich im Mehrjahresprogramm abgeschlossen werden muss. Vorher sei das so nicht kommuniziert gewesen. **Herr Dreßler** äußert, dass es keine weiteren Maßnahmen betreffe.

**Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen der Überweisung der Vorlage an den Kreisausschuss einstimmig zu.**

**Die Mitglieder des Kreisausschusses stimmen der Überweisung der Vorlage an den Kreistag einstimmig zu.**

Überplanmäßige Auszahlung für die Baumaßnahme Sanierung Bismarck-Gymnasium Gent-  
hin Haus 2

---

**Herr Dreßler** macht Ausführungen zur Vorlage. Es gehe hierbei um die Sicherung der Haushaltsmittel 2018 zur Übernahme in das Haushaltsjahr 2019.

**Herr Dehne** fragt, ob zwischenzeitlich die Entscheidung zwischen Neubau und Sanierung getroffen wurde. **Herr Dreßler** informiert, dass die Wirtschaftlichkeitsprüfung ergeben hat, dass ein Neubau geringfügig teurer als eine Sanierung sei. Es werde trotzdem ein Neubau präferiert, weil davon ausgegangen wird, dass es bei dem Neubau unter den erwarteten Kosten bleiben wird. Derzeit laufe die Ausschreibung für den Planer. Sobald der Planer feststeht und das Projekt erarbeitet ist, sollen die Fördermittel für einen Neubau beantragt werden. **Der Landrat** äußert, dass sobald der Fördermittelbescheid vorliegt, der Kreistag darüber informiert wird.

**Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen der Überweisung der Vorlage an den Kreisausschuss einstimmig zu.**

**Die Mitglieder des Kreisausschusses stimmen der Überweisung der Vorlage an den Kreistag einstimmig zu.**

Überplanmäßiger Aufwand für Ersatzvornahme

---

**Herr Dreßler** informiert, dass es sich um ein Gebäude in Gommern handelt, welches akut einsturzgefährdet ist und sich direkt an der Straße befindet. Die bestehende halbseitige Sperrung wurde aufgrund der akuten Gefahrenlage zu einer Vollsperrung erweitert. **Herr Dreßler** äußert, dass derzeit Angebote für den Abbruch eingeholt werden. Die Haushaltsmittel, die für dieses Jahr für Ersatzvornahmen eingeplant waren, reichen aber nicht mehr aus, um diese Maßnahme umzusetzen. **Der Landrat** ergänzt, dass mit der überplanmäßigen Ausgabe nicht der vollständige Abbruch erfolgen kann. Es sei das Volumen geplant, was tatsächlich noch in diesem Jahr an Leistungen erbracht werden kann.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. Bauer**, ob eine Eintragung im Grundbuch vorgenommen wird äußert **Herr Dreßler**, dass erst einmal geprüft wird, ob es einen Verantwortlichen für dieses Grundstück gibt, was nicht immer der Fall sei. Wenn dann kein Verantwortlicher ermittelt werden kann, ist es Sache der Vollstreckung, wie der Landkreis an das Geld komme. Ein Weg davon sei, eine Zwangsversteigerung oder die Eintragung in das Grundbuch.

Auf die Frage von **Herrn Dehne**, wie hoch die Gesamtausgabe für diese Maßnahme eingeschätzt wird, antwortet **Herr Dreßler**, dass es sich um einen relativ großen Komplex handelt und die Kosten derzeit noch nicht abschätzbar sind. Es werde aber damit gerechnet, dass die Summe nicht für diese Maßnahmen ausreichen wird. Derzeit laufe eine Ausschreibung, die mit heutigem Datum um 24:00 Uhr endet. Nach deren Auswertung könne konkreter gesagt werden, welche Kosten tatsächlich eingeplant werden müssen.

**Herr Dreßler** erklärt auf Nachfrage von **Herrn Mangelsdorf**, dass es sich hierbei um eine ungeklärte Eigentumssituation handelt und der Landkreis jetzt unmittelbar als Gefahrenabwehrbehörde handelt.

Auf Nachfrage von **Herrn Fischer** äußert **der Landrat**, dass die anstehenden Projekte im Bauausschuss vorgestellt und jeweils Akteneinsicht gewährt werden können.

**Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen der Überweisung der Vorlage an den Kreisausschuss einstimmig zu.**

**Der Kreisausschuss beschließt bei einer Gegenstimme einen überplanmäßigen Aufwand für die Buchungsstelle 52100100.529110 in Höhe von 150.000,00 Euro.**

## **TOP 7**

Schließung des öffentlichen Teils

---

**Der Landrat** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:00 Uhr.

## **TOP 9**

Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

---

**Der Landrat** stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her und gibt bekannt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung keine Beschlüsse gefasst wurden.

## **TOP 28**

Schließung der Sitzung

---

**Der Landrat** schließt die Sitzung um 20:18 Uhr.

Dr. Burchardt  
Vorsitzender

Truetsch  
Protokollführerin